

Hochschulzeitung

Ausgabe 25



»Mehrere tausend Menschen auf der Bildungsdemo der GEW Hessen«

In dieser Ausgabe:

»Bildungsdemo in Frankfurt und Kassel«

»Landtagswahl 2018«

»Wohnungspolitik in Frankfurt«

»Drei Jahre Arbeitskampf an den Berliner Hochschulen«



Studierende – organisiert euch!

Studieren und Mitglied der GEW sein, klingt irgendwie abwegig? Keineswegs. Die GEW bietet gewerkschaftlichen Rechtsschutz in studien- und prüfungsrelevanten Fragen, es gibt für dich eine Schlüsselversicherung, Berufshaftpflicht und vor allem eins: Einen schlagkräftigen Interessensverband für alle, die einen pädagogischen Beruf oder eine wissenschaftliche Karriere anstreben. Bei uns hat das ehrenamtliche Engagement einen hohen Stellenwert. Wir sind demokratisch organisiert, ihr könnt aktiv mitbestimmen!

Und das gefällt: Seit Jahren werden wir mehr. Um diesen Trend fortzusetzen und unsere Arbeit an den Hochschulen weiter zu verbessern, haben wir an den Hochschulen in Kassel, Fulda, Marburg, Gießen, Frankfurt und Darmstadt neue Kolleginnen und Kollegen eingestellt, die mit euch gemeinsam Gewerkschaftspolitik machen! Also organisiert euch! Eintreten, mitgestalten und kämpfen.

Eure Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner vor Ort

Philip Schmid | Darmstadt

hochschule@gew-suedhessen.de

Heli Mahkonen | Frankfurt

studierende-ffm@gew-hessen.de

Ina Jendriczka | Gießen

studierende-JLU@gew-hessen.de

Jonathan Schwarz | Marburg

studierende-MR@gew-hessen.de

Nina Ulbrich | Kassel und Fulda

nina.ulbrich@gew-nordhessen.de

Landesweite Koordination der Hochschularbeit

Tanja Kamp und Felix Hauf,

Referentin und Referent für Jugendbildung, Hochschule und Forschung

Tel. 069–971293–38/26

E-Mail jugend-hochschule@gew-hessen.de

www.gew-hessen.de/bildung/hochschule-und-forschung

Nina Ulbrich, Referentin für Hochschule und Forschung
im Bezirk Nordhessen

Tel. 0561–771783 | Mobil 0175–7588102

E-Mail nina.ulbrich@gew-nordhessen.de

www.gew-nordhessen.de/hochschule

„Menschen und Umwelt sind too big to fail“

Am 15. September 2018 jährte sich die Pleite der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers zum 10. Mal. Dies war der Auslöser der internationalen Finanzkrise 2008. Aus diesem Grund hat das Bündnis „Finance For The People – Für die Vielen, nicht die Wenigen“ zu einer Protestaktion am Willy-Brand-Platz in Frankfurt aufgerufen. Rund 200 Aktivistinnen und Aktivisten nahmen an der Aktion teil. In grauen Ganzkörperanzügen verkleidete „Sklaven der Finanzmärkte“ (Bulle und Bär als Symbole der Finanzmärkte) zogen mühsam und erschöpft zur Deutschen Börse. Sie wurden dabei von Gestalten in Krawattenanzügen ausgepeitscht. Angekommen an der Börse wurde das Gebäude mit „Crime Scene“-Absperrband eingezäunt, wonach sich die Aktivistinnen und Aktivisten aus ihren Anzügen befreiten und karnevalistisch den Bullen und den Bären mit bunten Farben und Konfetti schmückten. Dabei riefen sie „Menschen und Umwelt sind too big to fail“ oder „Demokratie statt Shareholder Value“. Anschließend wurde die Paulskirche bis Sonntagmorgen besetzt, ein symbolischer Aufruf für eine soziale und ökologisch nachhaltige, demokratische Gesellschaft.

Durch die Bankenrettungsaktionen im Zuge der internationalen Finanzkrise 2008 und der darauf folgenden Euro-

krise 2010 häuften die europäischen Staaten enorme öffentliche Schulden an. Die Antwort darauf war eine strenge Spar- und Kürzungspolitik, vor allem in den betroffenen Krisenländern wie Spanien und Griechenland. Durch die Krise wurden der starke Einfluss der Finanzmärkte auf staatliche Demokratien und die Probleme der Deregulierung der Finanzmärkte sichtbar. Attac und die Bündnispartner GEW Hessen, DIE LINKE Hessen und die Jusos haben diesen Demokratieverlust und die Spar- und Kürzungsmaßnahmen in Bezug auf öffentliche Güter wie Wohnraum, Bildung und Umwelt mit der Aktion kritisiert.

Am 15. September fanden ähnliche Aktionen in 90 anderen Städten weltweit statt.



Bildungsdemo

Bildung braucht bessere Bedingungen!

Am 22. September 2018 nahmen über 2000 Menschen in Frankfurt an der Bildungsdemo der GEW Hessen teil, um von der Landesregierung ein Sofortprogramm von 500 Millionen Euro für den Bildungssektor in Hessen zu fordern. Im Rahmen dessen sollen 100 Millionen Euro an Kindertagesstätten, 250 Millionen in den Schulbereich und 150 Millionen an die Hochschulen fließen. Damit sollen Probleme wie zu große Gruppen, Fachkräftemangel, zu niedrige Löhne, Befristungen und Kettenverträge sowie mangelhafte Infrastrukturen wie „einstürzende“ Schulgebäude gelöst werden.

Bei der Auftaktkundgebung in Frankfurt hat „Lernfabriken Meutern“, das Bündnis aus Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden, eine bessere finanzielle Unterstützung von Studierenden gefordert. Denn: Das BAföG deckt die Lebenskosten längst nicht ab und die Bedingungen der BAföG-Berechtigung sind zu strikt. So sind vor allem Studierende durch Leistungsdruck sowie Geld- und Lohnarbeitsstress stark belastet, und von einer „work-life-balance“ kann bei den meisten Studierenden nicht die Rede sein.

Auch bei Promovierenden und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sieht es nicht viel besser

aus. Die Zahl der befristeten Stellen in Hochschulen liegt bei über 90 Prozent, von denen bei der Hälfte die Vertragslaufzeit weniger als ein Jahr beträgt. Felix Hauf, Referent für Hochschule und Forschung bei der GEW Hessen, betonte in seinem Statement auf der Auftaktkundgebung, dass ein großes Problem bei Promovierenden an den Hochschulen die Arbeitszeitaufteilung ist. Nur 30 Prozent der Arbeitszeit ist für die eigentliche Promotionsarbeit vorgesehen. In der Realität haben die meisten nur außerhalb der offiziellen Arbeitszeiten die Möglichkeit, an ihren Doktorarbeiten zu schreiben. Das führt dazu, dass die Arbeitsmenge eigentlich der Vollzeit entspricht, sie aber nur für eine Teilzeit entlohnt wird. Und das mit einem befristeten Vertrag.

In hessischen Hochschulen sind überfüllte Seminare eher die Regel als die Ausnahme. Deshalb fordert die GEW 600 zusätzliche Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 200 zusätzliche Professuren, 200 Verwaltungskräfte und 50 Fachkräfte für Gebäudetechnik an den hessischen Hochschulen. Dies würde insgesamt knapp 100 Millionen Euro kosten. Die weiteren 50 Millionen sollen dazu eingesetzt werden, mehr Zeit für gute Lehre zu schaffen, indem auch die Vor- und Nachbereitungszeit der Lehre berücksichtigt wird. Zudem verlangt die GEW

die Entfristung der Lehr- und Verwaltungskräfte, um dadurch die Qualität von Forschung, Lehre und Verwaltung zu verbessern. Denn damit würden die negativen Folgen von Befristungen auf die Lebens- und Karriereplanung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgemildert, wodurch sich auch die Betreuung der Abschlussarbeiten von Studierenden verbessern lässt.

Die Demo in Frankfurt verlief vom DGB-Haus bis zum Opernplatz – begleitet von Musik, Trillerpfeifen und Forderungen für bessere Bildungsbedingungen. Auf

der Abschlusskundgebung haben Maike Wiewald, Vorsitzende der GEW Hessen, Emely Dilchert, Landesschulsprecherin in Hessen, und Korhan Ekinci, Vorsitzender des Landeselternbeirates, bessere Bedingungen sowohl für die Lehrkräfte als auch für Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern gefordert. Auch Sandro Witt, stellvertretender Vorsitzender des DGB Hessen, hat in seinem Redebeitrag die katastrophale Lage der Bildung kritisiert.

Die Abschlusskundgebung am Opernplatz begleitete die Band „Argosonics“ musikalisch.





Bildungsdemo

1000 Menschen in Kassel auf der Straße

Auch in Kassel gingen rund 1000 Menschen auf die Straße, um ein klares Zeichen an die Parteien im Landtagswahlkampf zu senden. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Hochschulbeschäftigte, Studierende und Lehrerräte forderten: „Bildung braucht bessere Bedingungen!“

Bei der Auftaktkundgebung am Kasseler Kulturbahnhof brachten Vertreterinnen und Vertreter der Lernenden und Lehrenden an öffentlichen Bildungseinrichtungen ihre Forderungen auf den Punkt: mehr Anerkennung der Tätigkeit und bessere Betreuungsschlüssel in den Kitas, eine finanzielle Gleichstellung der Grundschullehrkräfte mit ihren Kolleginnen und Kollegen der Sekundarstufen, kleinere Lerngruppen und eine Reduzierung der Lehrverpflichtung, um ausreichend auf die diversen Bedürfnisse aller Lernenden eingehen zu können. Auch eine Auflösung des Sanierungsstaus und

ein Ende des Sparzwanges im hessischen Bildungssektor wurden gefordert. Frauke Banse, Initiative „UniKasselUnbefristet“, sprach für den Hochschulbereich und betonte den Zusammenhang von guten Arbeitsbedingungen und guten Studienbedingungen. Aufgrund fehlender Grundfinanzierung und des Ausbaus der „Welt der Projektgelder“ an hessischen Hochschulen, sind knapp 90 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befristet beschäftigt. Dies führe nicht nur zu prekären Lebensbedingungen der Beschäftigten, sondern auch dazu, dass die Qualität der Lehre durch fehlende Kontinuität sinkt. Entfristung und gute Arbeitsbedingungen seien daher „auch im Interesse der Studierenden, der Schülerinnen und Schüler und der zukünftigen Lehrer und Lehrerinnen, die wir ausbilden. Die Liste der Absurditäten, die durch unsere Befristungen entstehen, ist nämlich sehr, sehr lang. Die Betreuung von Abschlussarbeiten bricht dann einfach weg. Die didaktische Weiterbildung in der Hochschuldidaktik ist



angesichts des nahenden Vertragsendes sowieso zwecklos. Gute Kolleginnen und Kollegen bewerben sich weg, weil sie keine Zukunft mehr an der Uni sehen.“ Die Vertreterin der Initiative für umfassende Entfristung des wissenschaftlichen und administrativ-technischen Personals an der Uni Kassel führt die Liste fort und mündet in einer Kampfansage gegen den Sparzwang der hessischen Landesregierung: „Wir müssen die Allianz aus Sachzwanglogik und Befristungspolitik durchbrechen und gemeinsam sagen: Her mit unserer Zukunft! Es ist richtig und wichtig, dass wir uns heute hier versammeln, um den Parteien im Landtagswahlkampf unsere Situation zu verdeutlichen. Wir brauchen endlich eine langfristige und kostendeckende Finanzierung der Bildung, vom Kindergarten bis zur Hochschule!“

An diesen Appell konnten die Rednerinnen und Redner der Abschlusskundgebung nach einem lauten und bunten Demonstrationzug nahtlos anknüpfen. Am Opernplatz

ordneten Birgit Koch, Vorsitzende der GEW Hessen, Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, Ulrike Jakob, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende im VW Werk Baunatal, und Vera Reinbold, ver.di, aus Sicht ihrer Organisationen die Forderungen der Kampagne „500 Millionen Sofortprogramm – Bildung braucht bessere Bedingungen“ politisch ein. Michael Rudolph verdeutlichte die klare Position des DGB Hessen-Thüringen zum rechtspopulistischen Stimmenfang der AfD. Die AfD habe keine Antworten auf die sozialen Fragen in unserer Gesellschaft, sondern trage vielmehr durch rassistische Hetze zu einer weiteren Spaltung bei.

Wir danken allen, die sich mit uns für eine bessere Ausstattung der hessischen Bildungseinrichtungen und eine solidarische Gesellschaft einsetzen. Wir sind viele und gemeinsam haben wir eine starke Stimme!

Landtagswahl 2018

Hochschulpolitische Versprechen der im Lan

Die GEW hat vor der Landtagswahl bildungspolitische Fragen an die fünf großen Parteien (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN, DIE LINKE und FDP) gestellt. Die hochschulpolitischen Fragen behandelten die Reduzierung der befristeten Arbeitsverhältnisse, eine solide Grundfinanzierung und die Verbesserungsvorschläge der Parteien zu schlechten Arbeits- und Studienverhältnissen an den hessischen Hochschulen. Wir haben die wichtigsten Aussagen der Parteien zusammengefasst.

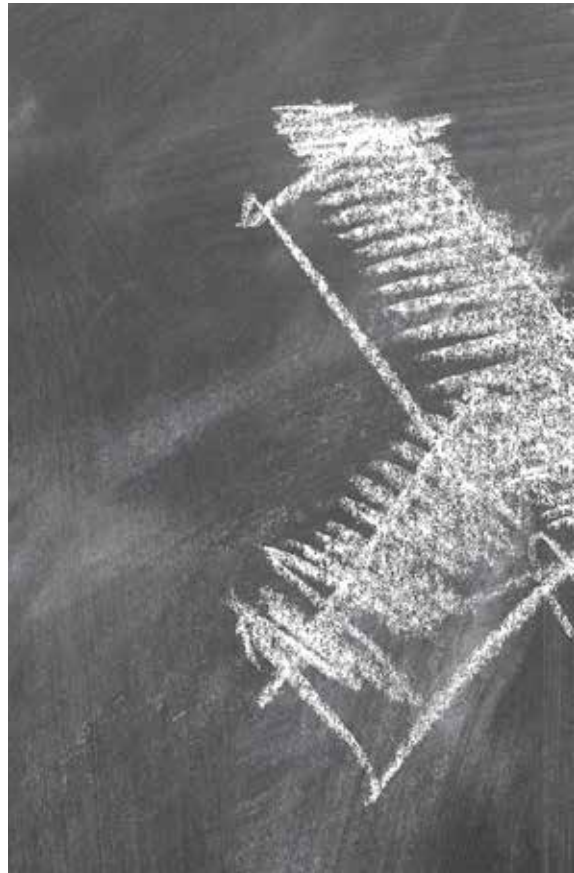
CDU

Bezogen auf den hohen Anteil von Befristungen an den Hochschulen meint die CDU, dass ein hoher Anteil befristeter Arbeitsverträge dem „Hochschulsystem immanent“ sei, auch auf Grund wissenschaftlicher Qualifikationsschritte und drittmittelfinanzierter Projekte. Dies sei auch sachgerecht.

Die CDU beruft sich auf den Erfolg des Hochschulpaktes 2016–2020, in dem zum Beispiel steht, dass Daueraufgaben entfristet werden sollten. Zudem plädiert die CDU für mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau. Im Grunde sei dies laut CDU durch den Hochschulpakt auf einem guten Weg – eine Entwicklungsrichtung, die beibehalten werden solle.

Die Grundfinanzierung der hessischen Hochschulen betreffend, sagt die CDU, diese sei durch den Hochschulpakt „hervorragend ausfinanziert“. Dieser enthalte unter anderem die Schaffung 200 neuer Professuren und die Reduzierung des Verwaltungsaufwands.

Die CDU begrüßt die steigende Studierendenzahl, sehe jedoch, dass neue Herausfor-



ntag vertretenen Parteien

derungen durch die zunehmende „Heterogenität der Studierenden“ entstünden.

Als Antwort hierauf schlägt sie die Einführung eines Orientierungsstudiums vor, das BAföG-konform schnellstmöglich umgesetzt werden solle. Zudem will die CDU im nächsten Hochschulpakt die Betreuungsrelation, Forschungsförderung und die weitere Ausgestaltung der QSL-Mittel verbessern.

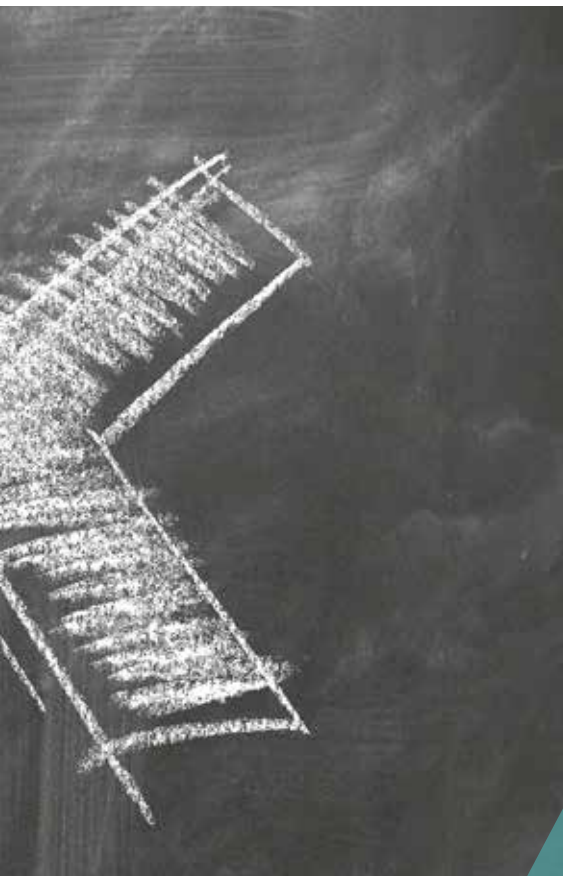
SPD

Die SPD plädiert für einen „Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen“, der vor allem den prekär Beschäftigten, darunter auch den studentischen Hilfskräften, entgegen kommen solle, nach dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Ebenso will die SPD befristete Arbeitsverträge zugunsten unbefristeter Stellen abbauen.

Die SPD will die verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen weiter stärken. Dies solle alle Studierenden, die nicht länger als zwei Semester über die Regelstudienzeit studiert haben, einbeziehen. Zudem will die SPD die Betreuungsrelation von Lehrkräften und Studierenden schrittweise durch einen Stufenplan verbessern, wozu auch Bundesmittel einbezogen werden sollten.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Die Grünen wollen Kurzzeit- und Kettenbefristungen „soweit wie möglich begrenzen“ und die Daueraufgaben „möglichst“ in Dauerbeschäftigungsverhältnisse umsetzen. Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs sehen die Grünen weiterhin als befristete Stellen, deren Befristungszeit allerdings so lang sein sollte, dass die angestrebte Qualifikation auch erfolgen kann. Den Grünen nach „müssen ausreichend Stellen für Qualifika-



tionsprofessuren vorhanden sein, um talentierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in Hessen zu halten.“

Die Grünen plädieren für eine sowohl bundesweite als auch internationale Wettbewerbsfähigkeit in den Rahmenbedingungen von Forschung und Lehre. Sie werde durch eine gute Grundfinanzierung gesichert, und die Grünen betonen auch die Vorteile des letzten Hochschulpaktes, wo für eine Steigerung der Grundfinanzierung gesorgt worden sei. Dieser Trend solle weiter gehen, damit die hessischen Hochschulen wettbewerbsfähig bleiben können.

Durch die Grundfinanzierung könnten, so die Grünen, auch die Verhältnisse an den Hochschulen für Studierende und Lehrkräfte verbessert werden, indem zusätzliche Stellen geschaffen würden. Dazu solle die Position der Hochschulen im Rahmen der Berufsverhandlungen gestärkt und Flexibilisierung ermöglicht werden.

Die Linke

Die Linke plädiert für eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen, um sie von der Abhängigkeit von Drittmitteln zu befreien. Die Linken wollen die Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen dadurch verbessern, dass der wissenschaftliche Nachwuchs gestärkt und mit zuverlässigen Arbeitsperspektiven ausgestattet werde.

Die Linke kritisiert das Wissenschaftszeitvertragsgesetz und die prekären Beschäftigungsverhältnisse des wissen-

schaftlichen Nachwuchses, weil diese oft die akademische Weiterqualifikation verhindern würde. Deswegen sollen, so die Linke, „echte“ Qualifikationsstellen geschaffen werden.

Nach Auffassung der Linken war der Hochschulpakt notwendig, aber unzureichend, denn die Betreuungsrelation habe sich verschlechtert und die Lehrkräfte seien immer noch prekär angestellt. Durch eine ausreichende und solide Grundfinanzierung will die Linke mehr gutbezahlte und unbefristete Stellen an den Hochschulen schaffen.

FDP

Die FDP befürwortet eine Personalentwicklung durch die Hochschulautonomie sowie Tenure-Track-Professuren und die Flexibilisierung von Forschungs- und Lehranteilen, um die Einstiegsmöglichkeiten der Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler zu verbessern. Sie sieht auch die Vereinbarung von Familie und Beruf und die Befristung der Arbeitsverträge im Mittelbau als Themen, die arbeitsrechtlich an den Hochschulen geregelt werden müssten.

Der FDP nach hängen die Qualität des Studiums sowie die notwendige Verbesserung der Betreuungsrelation mit der Frage der Grundfinanzierung zusammen. Die FDP plädiert hier jedoch auch dafür, dass die Hochschulfinanzierung nach Wettbewerbskriterien neu geregelt werden solle, um einen „fairen Wettbewerb zwischen Universitäten und Fachhochschulen“ zu sichern.

Was müsste aus Sicht der GEW an hessischen Hochschulen verbessert werden?

Die GEW Hessen fordert die Festschreibung von Dauerstellen für Daueraufgaben im hessischen Hochschulgesetz. Stellen mit Daueraufgaben in der Lehre und direkter Betreuung von Studierenden sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben müssen unmittelbar entfristet werden. Befristungen außerhalb der Promotion müssen begründete Ausnahmen werden, auch in der Forschung. Die GEW fordert eine ausreichende und solide öffentliche Grundfinanzierung der Hochschulen, was die Notwendigkeit der Drittmittel abschaffen würde. Konkret fordert die GEW ein Sofortprogramm von 500 Millionen Euro für den gesamten Bildungssektor, von dem 150 Millionen an die Hochschulen gehen sollen. Um der Verschlechterung der Studienbedingungen und der negativen Entwicklung der Be-

treuungsrelation von Studierenden und Lehrkräften zu begegnen, fordert die GEW, dass zusätzliche und unbefristete Stellen an den Hochschulen geschaffen werden und dadurch mehr Personal in Lehre und Verwaltung angestellt wird. Dazu muss mehr Zeit für gute Lehre geschaffen werden, indem die Lehrverpflichtung abgesenkt wird und die Vor- und Nachbereitungszeit der Lehre sowie die Betreuung von Studierenden angemessen berücksichtigt wird. Zusätzlich fordert die GEW eine Arbeitszeitaufteilungsreform für Qualifikationsstellen; 75 Prozent der Arbeitszeit soll für die Qualifizierung zur Verfügung stehen, bei Promovierenden mindestens 65 Prozent. Zudem müssen die Rechte der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte endlich durch einen Tarifvertrag geschützt werden.



Wohnungspolitik in Frankfurt —

„Wohnraum in Frankfurt? Gibt’s nur noch in Offenbach, lautet einer der Slogans für den Mietentscheid in Frankfurt, der die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Frankfurt zur Schaffung von mehr gefördertem Wohnraum auffordert. Frankfurt ist nach München die zweitteuerste Stadt zum Wohnen, mit einem Durchschnittsmietpreis von 14 Euro pro Quadratmeter, und der Trend der steigenden Mieten scheint nicht abzunehmen. Der massive Mangel an günstigem oder bezahlbarem Wohnraum trifft nicht zuletzt Studierende in Frankfurt äußerst hart.

Das Bündnis aus Organisationen, Vereinen und Parteien fordert die städtische Wohnungsbaugesellschaft „AGB Holding Group“ auf, ab 1. September 2019 nur noch geförderte Wohnungen für untere und mittlere Einkommensstufen zu bauen. Außerdem sollen die Mieten aller Bewohnerinnen und Bewohner bei der AGB Holding Group, die ein Recht auf gefördertes Wohnen haben, auf den entsprechenden Mietspiegel gesenkt werden und frei werdende Wohnungen der AGB Holding Group nur zu einem fairen Preis neuvermietet werden.

Die Mietinitiative wurde von der AGB und der Römer-Koalition bereits vor dem Beginn der Unterschriftensamm-

lung kritisiert. Die Forderung nach mehr Sozialwohnungen führe, so die Römer-Koalition, zu einer „Ghettoisierung“ der Wohnviertel. Alexis Passadakis, Pressesprecher des Bündnisses für den Mietentscheid, sieht das anders: „68 Prozent der Frankfurter Haushalte haben Anspruch auf geförderten Wohnraum. Das ist ein Großteil der Bewohnerinnen und Bewohner, die unterschiedlichen Einkommensgruppen angehören. Zum Beispiel hat eine vierköpfige Familie mit einem Jahreseinkommen von 84.400 Euro brutto Anspruch auf den Mittelschichtsförderweg. Diese Reaktion offenbart das elitäre Denken der Römer Koalition, wenn sie 68 Prozent der Frankfurter Bürgerchaft als potentielle Ghettobevölkerung abqualifiziert.“

Passadakis betont, dass durch diese Mietinitiative zwar die steigenden



Mietentscheid für faire Mieten

Mietpreise auf dem privaten Markt nicht komplett abgebremst werden könnten. Aber: Wenn mehr günstige Mietwohnungen auf den Markt kämen, hätte das auch eine positive Auswirkung auf die Preisentwicklung des privaten Wohnungsmarktes.

„Die AGB soll ihren ursprünglichen Zweck erfüllen“, fährt Passadakis fort, „sie gehört der Stadt Frankfurt. Über den Aufsichtsrat kann der Magistrat der Stadt das Unternehmen steuern. Bei wichtigen Angelegenheiten ist zudem nach der Hessischen Gemeindeordnung die Gemeindevertretung zuständig. Das ist für uns der Hebel für das Bürgerbegehren, denn wir wollen eine strategische Weichenstellung für mehr geförderten bzw. bezahlbaren Wohnraum bei der ABG durchsetzen: Das ist eine wichtige Angelegenheit angesichts der Wohnungskrise in der

Stadt. Und: Ein gewonnener Bürgerentscheid ist dem Beschluss einer Gemeindevertretung gleichrangig.“

Das Bündnis, in dem unter anderem der AStA der Goethe-Universität Frankfurt, die Junge GEW Frankfurt und der GEW Bezirksverband Frankfurt aktiv sind, muss bis Ende Oktober 20.000 Unterschriften gesammelt haben, die dann an das Wahlamt übergeben werden. Nach Überprüfung der Unterschriften kommt es zu einem Bürgerentscheid. Die Unterschriftensammlung wurde am 25. August an mehreren Orten in Frankfurt gestartet. Passadakis zufolge sei der Empfang auf den Straßen positiv gewesen: „Die explodierenden Mieten sind in Frankfurt das stadtpolitische Gesprächsthema Nr. 1. Der soziale Sprengstoff ist enorm, Lebensperspektiven werden massiv beschnitten. Aus diesem Grund zweifeln wir nicht, dass wir eine politische Mehrheit in dieser Stadt für unsere Forderungen haben. Und die bisherige Dynamik unserer Unterschriftensammlungen auf der Straße gibt uns Recht.“

Mehr Information zum Mietentscheid gibt es unter:

www.mietentscheid-frankfurt.de



Drei Jahre Arbeitskampf an den Berliner H

Was ist daraus geworden?

Vor kurzem fanden die letzten redaktionellen Arbeiten am neuen Tarifvertrag der studentischen Beschäftigten der Berliner Hochschulen (TV Stud 3) ihren Abschluss. Sobald der entstandene Vertrag von allen Tarifparteien unterschrieben ist, kommt die Tarifinitiative TV Stud somit zu einem erfolgreichen Ende.

Angefangen hat alles vor über drei Jahren, als sich mehrere Mitglieder aus den studentischen Personalräten und den Gewerkschaften GEW und ver.di zusammengefunden haben, um zu beratschlagen, wie ein neuer Tarifvertrag aussehen könnte. An der Zeit war es allemal, da die letzte Lohnerhöhung im Jahr 2001 bereits über 14 Jahre zurücklag.

Da allerdings sowohl die Streikerfahrung als auch die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder unter den studentischen Beschäftigten sehr gering war, gab es viel zu tun. Nachdem die letzten Tarifverhandlungen 2011 aufgrund der fehlenden Mobilisierung studentischer Beschäftigter gescheitert war, wurde die Operation Orga Grad +1000 im Mai 2016 gestartet. Bei dieser Aktion machten wir es uns zum Ziel, 1000 studentische Beschäftigte als neue Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen, bevor wir wieder Tarifverhandlungen mit den Hochschulen star-

teten. Dieses Ziel haben wir bis zum Frühjahr 2017, vor allem durch viele direkte Gespräche, erreicht.

Mit der Wahl der Tarifkommission wurden 14 Forderungen beschlossen und die Tarifverhandlungen eingeleitet. Neben der Forderung nach 14,00 Euro Stundenlohn, also dem reinen Inflationsausgleich der seit 2001 bezahlten 10,98 Euro, ab es auch Forderungen nach besserer sozialer Absicherung der Studierenden, wie eine verlängerte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Daran anschließend fand eine längere Phase der Verhandlungen statt, bei denen wir schnell merkten, dass der Druck auf die Hochschulleitungen deutlich erhöht werden muss, um ein ordentliches Ergebnis zu erzielen.

Es wurden daraufhin Demos und Kundgebungen organisiert und vermehrt Veranstaltungen der Hochschulen wie die Lange Nacht der Wissenschaft gestört. Nachdem dies allein nicht half, wurde der bisherige TV Stud 2 zum 1. Januar 2018 gekündigt und zu ersten Streiktagen aufgerufen. Mittlerweile blicken wir auf 41 erfolgreiche Streiktage zurück, die in Kombination mit der Blockade weiterer Hochschulveranstaltungen, einer Besetzung des Audimax der TU und unterstützenden Gesprächen des Berliner Senats mit den Hoch-

Hochschulen

schulleitungen Ende Juni zu einem Verhandlungsergebnis geführt haben. Über die Konditionen (u.a. Lohn-erhöhung ab sofort auf 12,30 Euro, Erhöhungen bis 2022 auf 12,96 Euro, eine Woche mehr Urlaub) haben alle gewerkschaftlich organisierten studentischen Beschäftigten abgestimmt und diese mit 66 Prozent angenommen.

Trotz des Erfolges in Berlin beobachten wir die Situation im gesamten Bundesgebiet, denn Berlin ist bisher das einzige Bundesland, in dem ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte existiert. In den meisten Hochschulen außerhalb der Hauptstadt sind die Arbeitsbedingungen um einiges schlechter.

Wir hoffen sehr, dass unser nun erfolgreich abgeschlossener Arbeitskampf viele Nachahmer findet und sich Initiativen in den anderen Bundesländern gründen. Um dies zu erreichen, sind einige Aktive bereits in mehreren Städten unterwegs, um Workshops zu geben und Erfahrungen zu teilen.



Veranstaltungsbericht

„Krieg in Afrin – Die Türkei im demokratischen

Am 13. Juni 2018 fand an der Evangelischen Hochschule Darmstadt eine Veranstaltung zum Krieg in Afrin und zu den Parlamentswahlen in der Türkei im Juni 2018 statt. Die Veranstaltung hatten die GEW Südhessen, die GEW Hochschulgruppe Darmstadt und der AStA der Evangelischen Hochschule Darmstadt organisiert.

Dr. Michael Wilk, Arzt, Anarchist und Autor der Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ berichtete über die Angriffe der türkischen Armee unter der Regierung Erdogans in Syrien. Der Angriff auf Afrin im Januar 2018 war die zweite offene militärische Intervention, bereits im August 2016 hat die Türkei die kurdischen Kantone Afrin und Kobane in Nord-Syrien voneinander isoliert. Offiziell richtete sich dies gegen den IS und die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG/J. Wilk nach ging es jedoch vor allem darum, den Zusammenschluss der kurdischen Gebiete Afrin, Kobane und Manbidsch zu verhindern.

Durch diese Offensive kamen rund 500.000 Menschen ums Leben und rund elf Millionen Menschen sind auf der Flucht, fünf Millionen davon im Ausland. Wilk verwies auf Berichte und Fotodokumentationen von Menschenrechtsverletzungen wie Entführungen und Dorfplünderungen durch

dschihadistische Gruppen und Besatzungstruppen. Wilk betonte: Bei den menschenrechtswidrigen Aktionen der Türkei seien auch Deutschland und die EU verwickelt, indem z.B. Deutschland weiterhin Waffenhandel mit der Türkei betreibt und die EU sich nicht klar zur Türkei positioniert.

Cag Meyren, aus der Türkei nach Deutschland geflohene kurdische Feministin und Gewerkschafterin, berichtete von der politischen Lage in der Türkei kurz vor der Parlamentswahl. Sie war aktives Mitglied der Gewerkschaft „Konföderation der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter“ (KESK) bis gegen sie ein Verfahren eingeleitet wurde und sie aus dem Land fliehen musste.

Seit dem versuchten Putsch 2016, hat Erdogan insgesamt 27 Dekrete verabschiedet, die dazu geführt haben, dass 120.000 Menschen aus dem öffentlichen Dienst entlassen wurden, darunter 4100 Gewerkschaftsmitglieder der KESK. Frauen-Vereine wurden verboten und eine Zwangsverwaltung eingesetzt. Auch die Wahlordnung für die Wahl 2018 wurde zu Gunsten Erdogans verändert, sodass staatliche Sicherheitskräfte die Wahl begleiten. Den meisten Kurdinnen und Kurden wurde das Wahlrecht aberkannt, und das Wahlbündnis besteht aus drei

Ausnahmezustand“

Mitgliedern, die alle Erdogan unterstützen. Bei 144.000 Wählerinnen und Wählern der Oppositionspartei HDP wurden die Wahlbezirke so verändert, dass sie einen weiten Weg auf sich nehmen mussten, um ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen zu können.

Viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber forderten die Arbeiterinnen und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf, sich von der KESK zu distanzieren und drohten mit Kündigungen. In den 90er Jahren wurden fünfzig Funktionärinnen und Funktionäre der KESK ermordet, und diese Morde sind bis heute nicht aufgeklärt worden. Trotzdem sind bei der KESK rund 200.000 Menschen organisiert, die sich auch aktiv gegen Erdogans Regierung und die Eingriffe auf die kurdischen Gebiete einsetzen.

Am 24. Juni 2018 fand die Parlamentswahl in der Türkei statt und die oppositionelle Partei HDP konnte mit 11,7 Prozent die Zehn-Prozent-Hürde überwinden und ist nun mit 67 Abgeordneten die drittgrößte Fraktion im Parlament. Noch hat Erdogan also nicht endgültig gewonnen.

Sturm im Wasserglas Identitäre in Marburg

Als die rechtsradikale Kaderorganisation Identitäre Bewegung (IB) am 29. Juni auf dem Hof der Philosophischen Fakultät einen „Flashmob“ organisierte, war die örtliche demokratische Gesellschaft kurz in Aufruhr. Den von den Identitären gewollt produzierten Schleier des Unfassbaren gelüftet, entbehrte deren Aktion jeglichen Mutes: Als sich fünf Minuten nach Beginn der Aktion viel mutigere studentische Hilfskräfte des Fachbereichs Geschichte zur Gegenaktion entschlossen und auf den Hof stürmten, war der Gegenstand der Aufregung bereits wieder verschwunden. Die IB nutzt derartige Aktionsformen zumeist tatsächlich weniger, um vor Ort Aufmerksamkeit zu generieren, sondern um eilig Bild- und Videomaterial zu produzieren, das sie dann – recht professionell aufbereitet – ins Netz stellt. Der Tag des Flashmobs wurde wohl nicht zufällig gewählt. Genau ein Jahr zuvor verabschiedeten alle im Stadtparlament vertretenen Parteien eine von den Marburger Linken verfasste Erklärung, in der die IB stark verurteilt wurde. Antwort der Marburger Zivilgesellschaft war übrigens ein antifaschistischer Flashmob im Juli 2017. Eine Woche später auf eben diesem Hof, mit ca. 100 Menschen Verbänden sowie Institutionen. Über die engen personalen Verflechtungen von Marburger Burschenschaften, AfD und IB klärt das antifaschistische Recherchenetzwerk stadtlandvolk.noblogs.org auf.

Termine 2018

WOHNRAUM

Frankfurt: Mietentscheid Unterschriftensammlung bis Ende Oktober
weitere Infos www.mietentscheid-frankfurt.de

BILDUNGSARBEIT GEGEN RECHTS

Wiesbaden: „Demonstration – Wahlkampfabschluss der AfD“
26. Oktober, 16.30 Uhr | Hauptbahnhof in Wiesbaden

Frankfurt: „Spuren der Vergangenheit“

Veranstaltungsreihe zu Nationalsozialismus und Erinnerungspolitik
Veranstaltungsreihe von DGB, GEW und HSB-Stipendiatinnen und Stipendiaten
Kontakt: jugend-hochschule@gew-hessen.de

- 3. November Antifaschistischer Stadtrundgang
- 15. November Die Goethe-Universität in der NS-Zeit: Verfolger und Verfolgte
- 20. November Workshop bei der Bildungstätte Anne Frank
- 8. bis 9. Dezember Gedenkstättenfahrt nach Buchenwald und Mittelbau-Dora

Weitere Infos www.gew-hessen.de/home/spuren-der-vergangenheit

Kassel: Veranstaltungsreihe zur antirassistischen Bildungsarbeit
weitere Infos www.gew-nordhessen.de/hochschule

Witzenhausen: Veranstaltungsreihe „Heimat, Volk und Scholle – Rechts(d)ruck im ländlichen Raum“

Oktober 2018 bis Februar 2019

Weitere Infos www.gegen-rechtsdruck-veranstaltungsreihe.de

SONSTIGE TERMINE

Marburg: Regelmäßiges Treffen

AK „Kritische Soziale Arbeit“, AK „Kritische Pädagogik“ und GEW Studis
Donnerstags, 18 Uhr | Fachschaftsraum Theologie, Alte Uni
Kontakt aks-marburg@gmx.de

Frankfurt: Gewerkschaftlicher Bar-Abend

23. Oktober, 18 Uhr | Cafe Kurzschluss, Kleiststraße 5

Kassel: Diskussionsveranstaltung zur neoliberalen Hochschule der Initiative UniKassel

31. Oktober, 16 Uhr | Nora-Platiel-Straße 6, Raum 0207

Magdeburg: „GEW Studierendenseminar – Studentische Mitbestimmung an deiner Hochschule“

Aktuelles Programm und Anmeldeformular (Anmeldefrist 2. November 2018)

www.gew.de/veranstaltungen/detailseite/studentische-mitbestimmung-an-deiner-hochschule/

Termine 2019

Marburg: „Bildungsrepublik im Ausverkauf? Vom Wert öffentlicher Bildung“

7. Februar, 20 Uhr | Seminarraum 00/0080 | mit Prof. Engartner

Kassel: „Bildung macht Zukunft“

21. bis 24. Februar | Programm siehe www.bildung-macht-zukunft.de

Kassel: „Wer oder was hilft? Wir!“

Informationsveranstaltung zum pädagogischen Vorbereitungsdienst für angehende Lehrkräfte

Termin und Ort demnächst auf www.gew-nordhessen.de/hochschule



lea bildungswerk – 68er Workshops

68er Revolte – eine internationale Kulturrevolution (Nr. G5757)

Vortrag mit Diskussion

Frankfurt | 6. November, 19–21.30 Uhr

Seminarleitung Michael Hintz

„1968“ - Ideen und Texte der Revolte

Vortrag mit Diskussion

Frankfurt | 13. November, 19 Uhr–21.30 Uhr

Seminarleitung Michael Hintz

Die antiautoritäre Revolte von 1968 – von links vergessen, von rechts bekämpft (Nr. G5758)

Vortrag mit Diskussion

Frankfurt | 22. November, 19 bis 21.30 Uhr

Seminarleitung Michael Hintz

Infos und Anmeldung zu den Workshops

lea gemeinnützige bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

www.lea-bildung.de | Seminarnummer in die Suche eingeben

E-Mail anmeldung@lea-bildung.de

Tel. 069–971293 -27

Das verdienen Hilfskräfte an Hochschulen in Hessen

Wir haben aufgelistet, wo ihr als Hilfskraft wieviel verdient.

Anmerkung: Nicht inbegriffen ist gegebenenfalls die Zahlung von Weihnachtsgeld oder sonstigen Leistungen.

	Studentische Hilfskräfte	Fortgeschrittene stud. Hilfskräfte in den nicht-gestufteten Staatsexamenstudiengängen ab 7. Semester nach erfolgreicher Zwischenprüfung	Studentische Hilfskräfte mit erstem Abschluss	Wissenschaftliche Hilfskräfte
	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro
Technische Universität Darmstadt	10,00 bis 11,75		11,50	15,25
Goethe-Universität Frankfurt	9,90		11,47	15,32
Justus-Liebig-Universität Gießen	9,45	10,50	11,03	14,70
Universität Kassel	9,00		10,50	14,00
Philipps-Universität Marburg	10,00		11,50	15,30
Hochschule für Musik und darstellende Kunst	8,93		10,50	13,33
Hochschule für Gestaltung	8,84			13,45
Hochschule Geisenheim	8,84		11,00	14,00
Hochschule Darmstadt	10,00			11,00
Frankfurt University of Applied Sciences	9,00			11,00
Hochschule Fulda	9,00		11,00	13,00
Technische Hochschule Mittelhessen	10,00		15,53 bis 17,90*	
Hochschule Rhein-Main	11,60		14,00*	19,00*

*Stand: Mai 2016

// HOCHSCHULE UND FORSCHUNG //



Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen

Ein Ratgeber

Mit dem Ratgeber will die GEW allen studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften sowie Studierenden, die eine solche Tätigkeit in Betracht ziehen, helfen, ihre Rechte kennenzulernen und durchzusetzen.

Erhältlich unter jugend-hochschule@gew-hessen.de

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Tel. 069–971293 - 0

Redaktion und Mitarbeit

Katja Engels, Felix Hauf, Tanja Kamp,
Heli Mahkonen, Ulrich Märtin, Philipp Schmid,
Jonathan Schwarz, Nina Ulbrich

Grafik & Satz: Joyce Abrahams
Druck: gruendrucke.de

 **Ausgabe 25 | Oktober 2018**

